

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15751
Donnerstag, 30. Jänner 2020

Moosbrugger: Mit Entlastungen potenzielle Hofübernehmer motivieren	1
Köstinger: Regierung entlastet Bäuerinnen und Bauern bereits 2021	1
Bauernbund erfreut: Entlastungen ab 2021	2
LK ÖÖ begrüßt Entlastungsschritte für bäuerliche Familienbetriebe	3
Schweiz: Bundesrat lehnt Initiative zur Massentierhaltung ab	4
Nach Vogelgrippe-Fall: EU stoppt Import von Geflügelfleisch aus Ukraine	5
Ukraine: Rentabilität der Agrarproduktion 2019 stark gesunken	6
18. Laubholzversteigerung in NÖ: Eiche weiter im Trend	6
Boku veranstaltet internationales Symposium zum Thema "Digital Breeding"	7
ZAR-Seminar über Strategien zur stoffwechselstabilen Milchkuh am 12. März	7
Südzucker wechselt Vorstandsvorsitzenden aus	8
Waltraud Ungersböck neu im VPÖ-Landtagsklub	8
Salzburg investiert verstärkt in Landwirtschaftsschulen	8

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Moosbrugger: Mit Entlastungen potenzielle Hofübernehmer motivieren

Ministerrat leitet weitere steuerliche Maßnahmen in die Wege

Wien, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - "Im Zuge der neuen Regierungsverhandlungen ist es uns gelungen, entscheidende Entlastungsmaßnahmen für die Bäuerinnen und Bauern im Steuerbereich wieder aufzunehmen. Diese konnten nun im heutigen Ministerrat in die Wege geleitet werden", betont Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger**. Schon im Frühjahr 2019 wurden wichtige Entlastungen für die Land- und Forstwirtschaft beschlossen. Im Wesentlichen konnte damals aber nur noch die Senkung des Krankenversicherungsbeitrages umgesetzt werden. *

* * *

Zu den Maßnahmen des heutigen Ministerratsbeschlusses zählen die Erhöhung der Buchführungsgrenze und der Pensionsversicherungs-Beitragsgrundlage für hauptberuflich Beschäftigte bis 27 Jahre, die Absenkung des fiktiven Ausgedinges auf 10% und die Angleichung der Krankenversicherungs-Mindestbeitragsgrundlage auf das ASVG-Niveau. Darüber hinaus soll eine Dreijahresverteilung für Gewinne in der Landwirtschaft eingeführt werden. "Das ist wichtig, um Folgen der Klimaverschlechterung, wie massive Ertragsschwankungen, abzufedern, und stellt eine entscheidende Zukunftsmaßnahme dar", unterstreicht Moosbrugger.

"Unsere Bäuerinnen und Bauern haben heutzutage ohnehin mit zahlreichen Herausforderungen zu kämpfen. Hier gilt es, mit gezielten Erleichterungen entgegenzuwirken. Daher haben wir darauf gedrängt, dass mit diesem Entlastungspaket ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet wird, die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Land- und Forstwirtschaft zu stärken", erklärt Moosbrugger.

"Unser erklärtes Ziel ist es, die flächendeckende Bewirtschaftung durch unsere bäuerlichen Familienbetriebe und die Versorgung unserer Bevölkerung mit heimischen Spitzenprodukten abzusichern. Es gilt, Grundlagen zu schützen und Chancen zu nützen - und das in möglichst vielen Bereichen. Wir wollen jungen Menschen wieder Mut machen, Bäuerin beziehungsweise Bauer zu werden und die Höfe ihrer Eltern zu übernehmen", so der LKÖ-Präsident. (Schluss)

Köstinger: Regierung entlastet Bäuerinnen und Bauern bereits 2021

Maßnahmenpaket ist ein Meilenstein und wird Schritt für Schritt umgesetzt

Wien, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - Die Entlastung der Bäuerinnen und Bauern haben wir im Regierungsprogramm vereinbart und sie wird nun als eine der ersten großen Maßnahmen umgesetzt. Das wurde im heutigen Ministerrat nochmals bekräftigt", stellt Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** fest. "Wir halten, was wir versprochen haben und entlasten unsere Landwirtschaft spürbar. Das ist mir besonders wichtig, denn die Herausforderungen für unsere Bäuerinnen und Bauern werden immer größer", so die Ministerin. * * * *

"Bereits in diesem Jahr wird ein Entlastungspaket für unsere Bäuerinnen und Bauern beschlossen und 2021 wird es in Kraft treten. Somit setzen wir das gesamte Entlastungspaket von bis zu 120 Mio. Euro Schritt für Schritt um. Die detaillierten Verhandlungen zu den einzelnen Maßnahmen werden noch heuer abgeschlossen", erläutert die Ministerin.

"Die Gewinnglättung über drei Jahre ist einer von mehreren Teilen des Pakets. Damit können Ertragsschwankungen steuerlich besser ausgeglichen werden. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, wie notwendig das ist. Dürreperioden, zu hohe Temperaturen und Schädlingsbefall haben der Landwirtschaft massiv zugesetzt", so Köstinger.

"Dieses Entlastungspaket ist ein Meilenstein. Es ist das Ergebnis sehr, sehr intensiver Verhandlungen mit den Grünen. Bundeskanzler Sebastian Kurz hat hier sein großes Herz für die Landwirtschaft unter Beweis gestellt und Seite an Seite mit mir für unsere Landwirtschaft gekämpft", betont Köstinger. (Schluss)

Bauernbund erfreut: Entlastungen ab 2021

Strasser: Kanzler erkennt Notwendigkeit, bäuerliche Familienbetriebe rasch zu entlasten

Wien, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - "Schauen wir auf die großen Herausforderungen, die auf den Weltmärkten und durch den Klimawandel auf Österreichs Bauernfamilien zukommen, so sind diese Entlastungen die einzig richtige Antwort. Für mich hat sich heute wieder einmal bestätigt, dass unsere Familienbetriebe ein großes Anliegen und auch ein Hoffnungsfeld für Bundeskanzler Sebastian Kurz sind", ist Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** mit den angekündigten Maßnahmen sehr zufrieden.
* * * *

"Die Bundesregierung setzt das um, was sie versprochen hat. Steuerstruktur ändern und Steuern senken, wo es dringend notwendig ist", sieht der nach seinem Autounfall auf dem Weg der Besserung befindliche Strasser die Regierung auf dem richtigen Weg. Er bringt auch die künftigen Mammutaufgaben für die Landwirtschaft ins Spiel: "Wir brauchen motivierte und wettbewerbsfähige land- und forstwirtschaftliche Familienbetriebe, um die hohen gesellschaftlichen Anforderungen in der Lebensmittelproduktion, beim Tier- und Naturschutz bis hin zur Bereitstellung von erneuerbarer Energie zu erfüllen. Mit den heute beschlossenen Maßnahmen im Ministerrat bringen wir eine seit mehreren Jahren geforderte und dringend notwendige Entlastung für die Bäuerinnen und Bauern auf Schiene."

So will die türkis-grüne Bundesregierung bäuerliche Familienbetriebe entlasten: Zur besseren steuerlichen Abfederung der Ertragsschwankungen aufgrund des Klimawandels wird eine Risikoausgleichsmaßnahme eingeführt, die eine Gewinnglättung über drei Jahre ermöglichen wird. Im Bereich der Sozialversicherung ist eine Absenkung des Anrechnungsprozentsatzes beim fiktiven Ausgedinge von 13 auf 10% geplant, die eine spürbare Entlastung für Bauernpensionisten bewirkt. Aktive Landwirte werden durch die Absenkung der Krankenversicherungs-Mindestbeitragsgrundlage auf das Niveau von gewerblichen beziehungsweise ASVG-Versicherten entlastet - eine wichtige Maßnahme innerhalb der neu geschaffenen Sozialversicherung der Selbständigen (SVS). Mit der Erhöhung der Pensionsversicherungs-Beitragsgrundlage für hauptberuflich beschäftigte Kinder bis zum 27. Lebensjahr erfahren mitversicherte Hofübernehmer eine Besserstellung. Die Erhöhung der

Buchführungsgrenze auf 700.000 Euro Umsatz bringt eine lange geforderte Verwaltungsvereinfachung für zahlreiche Bauernfamilien.

"Seit Jahren sinkende Nettounternehmensgewinne in der heimischen Land- und Forstwirtschaft brauchen konkrete politische Antworten. Eine dazu heißt Entlastung. Für viele Bauernfamilien sind hier speziell die Sozialversicherungsbeiträge von Bedeutung. Wir möchten den bäuerlichen Familienbetrieben bessere Perspektiven schaffen, vor allem, damit die jungen Hofübernehmerinnen und Hofübernehmer sich für den Fortbestand ihrer Bauernhöfe entscheiden", stellt Bauernbund-Direktor **Norbert Totschnig** fest. Er begrüßt zudem, dass die im Mai 2018 noch unter türkis-blau geplante Steuerreform ohne zeitliche Verzögerung umgesetzt werden kann. (Schluss) - APA OTS 2020-01-30/15:43

LK OÖ begrüßt Entlastungsschritte für bäuerliche Familienbetriebe

Langer-Weninger: Regierung setzt dringend notwendige Maßnahmen

Linz, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - "Mit der bei der heutigen Regierungsklausur festgelegten Absenkung der bäuerlichen SV-Mindestbeitragsgrundlagen in der Krankenversicherung, der Senkung des fiktiven Ausgedingtes für Bauernpensionisten sowie steuerlichen Lockerungen für Betriebsentwicklungsschritte setzt die Bundesregierung ab dem kommenden Jahr zügig und konsequent dringend notwendige und schon jahrelang eingeforderte Entlastungsschritte für die Bauernfamilien um. Zudem werden Nebenerwerbsbauern und steuerpflichtige Landwirte 2021 auch von der Reduktion des Eingangsteuersatzes von 25 auf 20% profitieren. Damit wird die bäuerliche Handschrift im neuen Regierungsprogramm rasch konkret wirksam", begrüßt Oberösterreichs Landwirtschaftskammer (LK)-Präsidentin, **Michaela Langer-Weninger**, die im Zuge der Regierungsklausur getroffenen Festlegungen. * * * *

Hauptentlastung bei Mindestbeiträgen in Krankenversicherung

"Nach der mit dem heurigen Jahr wirksam gewordenen Absenkung der Krankenversicherungsbeiträge für alle bäuerlichen Betriebe (Reduktion des Beitragssatzes von 7,65 auf 6,8%) werden nun ab dem kommenden Jahr die Mindestbeitragsgrundlagen in der bäuerlichen Krankenversicherung auf 460,66 Euro pro Monat abgesenkt. Im pauschalen System entspricht das einer Reduktion von 4.100 Euro auf künftig 2.200 Euro Einheitswertsumme. Von dieser Entlastung werden in Oberösterreich zirka 5.000 Klein- und Kleinstbetriebe mit bis zu 350 Euro jährlich profitieren", zeigt sich die LK-Präsidentin erfreut.

"Gleichzeitig soll die Mindestbeitragsgrundlage in der SV-Beitragsgrundlagenoption ebenfalls auf das Niveau von 460,66 Euro pro Monat abgesenkt werden. Hier können in Oberösterreich aktuell zirka 1.400 Betriebe mit einer jährlichen Ersparnis von bis zu über 1.000 Euro pro Jahr rechnen. Damit wird die Beitragsgrundlagenoption in Zukunft auch für klein- und kleinstbäuerliche Betriebe zu einer wirklichen Alternative in der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge. Mit dieser Reformmaßnahme wird ein langjähriger wesentlicher wirtschaftlicher Druckpunkt für kleinere bäuerliche Betriebe endlich wirksam entschärft und eine schon langjährige Forderung der Landwirtschaftskammer in die Tat umgesetzt", so Langer-Weninger.

Erhöhung bäuerlicher Mindestpensionen

"Mit der schrittweisen Absenkung des Anrechnungsprozentsatzes beim fiktiven Ausgedinge von 13 auf 10% wird es ab dem kommenden Jahr zu einer Erhöhung der bäuerlichen Mindestpensionen um monatlich bis zu 28 Euro beim Einzelrichtsatz und um bis zu 42 Euro beim Ehegattenrichtsatz kommen. Davon profitieren in unserem Bundesland etwa 5.600 bäuerliche Mindestpensionisten. Damit ist der bäuerlichen Berufsvertretung ein wesentlicher Schritt für eine verbesserte soziale Absicherung der Bauernpensionisten gelungen", betont Langer-Weninger. Darüber hinaus sei im Regierungsprogramm die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags für bäuerliche Pensionen in Höhe von 0,5% der Pensionsleistung verankert. (Schluss)

Schweiz: Bundesrat lehnt Initiative zur Massentierhaltung ab

Regierung will aber Gegenentwurf ausarbeiten - Bauernverband übt Kritik

Bern, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - Der eidgenössische Bundesrat empfiehlt, die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" abzulehnen. Die Aufnahme von privaten Bio-Standards in die Verfassung und die Ausdehnung auf den Import gehen ihm zu weit. Der Bundesrat (so heißt in der Schweiz die Bundesregierung) unterstützt aber grundsätzlich das Ziel der Initiative, die Tierhaltung im Land weiter zu verbessern. Er will deshalb Kriterien für das Wohlergehen von Nutztieren in einem direkten Gegenentwurf aufnehmen. Dies hat er in seiner gestrigen Sitzung beschlossen. Der Bauernverband begrüßt die ablehnende Haltung des Bundesrats, hält aber einen Gegenentwurf für unnötig. * * * *

Die Initiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz", die am 12. Juni 2018 lanciert wurde, will die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung schützen und gleichzeitig Massentierhaltung verbieten. Der Bund soll Kriterien für die Unterbringung, den Auslauf, die Anzahl gehaltener Tiere und die Schlachtung festlegen. Die Anforderungen sollen mindestens jenen der Schweizer Bio-Richtlinien von 2018 entsprechen. Die neue Verfassungsbestimmung soll zudem auch für den Import von tierischen Produkten gelten.

Die Bundesregierung begrüßt grundsätzlich das Anliegen der Initiative. Sie will deshalb in einem direkten Gegenentwurf das zentrale Ziel der Initiative aufnehmen und die Kriterien für die tierfreundliche Unterbringung, den regelmäßigen Auslauf und die schonende Schlachtung in der Verfassung verankern. Damit soll die landwirtschaftliche Tierhaltung weiter verbessert werden. "Verfassung und Tierschutzgesetzgebung garantieren bereits heute einen hohen Schutz für Nutztiere", wird festgestellt. Zusätzlich unterstütze der Bund auf Basis der landwirtschaftlichen Gesetzgebung besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme und den regelmäßigen Auslauf ins Freie mit finanziellen Mitteln. Außerdem will der Bund das Tierwohl unabhängig von der Bestandesgröße verbessern.

Die in der Massentierhaltungsinitiative vorgesehene Verankerung privater Bio-Standards in der Verfassung geht nach Ansicht des Bundesrats zu weit. Zudem wäre die Anwendung dieser Standards auf Importe unvereinbar mit Handelsabkommen und nur sehr schwer umsetzbar, betont der Bundesrat und empfiehlt daher die Ablehnung dieser Initiative.

Bauernverband begrüßt Ablehnung

Der Schweizer Bauernverband begrüßt die Ablehnung der Initiative, erachtet aber den Gegenvorschlag als unnötig. "In der Schweiz gibt es keine Massentierhaltung. Unser Land verfügt über eine gesetzliche Limitierung der Tierbestände bei Geflügel, Schweinen und Mastkälbern. Das eidgenössische Tierschutzgesetz ist im Vergleich zum Ausland bereits sehr streng, die Tierwohlstandards sind hoch", argumentiert der SBV.

Eine Mehrheit der Nutztiere werde zudem gemäß den freiwilligen Programmen "Regelmäßiger Auslauf im Freien (RAUS)" sowie "Besonders tierfreundliche Stallhaltung" gehalten. Konsumenten, die tierische Produkte mit noch höheren Tierwohlanforderungen bevorzugen, könnten bereits heute entsprechende Labelprodukte kaufen. Mit einer generellen Verschärfung des Tierschutzrechts würde diese zusätzliche Wertschöpfung am Markt zerstört. Weil sich die Schweizer Anforderungen kaum auf die Importe übertragen lassen, werde einseitig die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Produktion geschwächt und die Erzeugung ins Ausland verlagert, warnt der Bauernverband. (Schluss) kam

Nach Vogelgrippe-Fall: EU stoppt Import von Geflügelfleisch aus Ukraine

HPAI des Subtyps H5 in der Region Vinnytsia nachgewiesen

Brüssel, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - Die Europäische Union hat den Import von frischen und verarbeiteten Geflügelprodukten aus der Ukraine gestoppt, nachdem in der Region Vinnytsia die hochpathogene Vogelgrippe (HPAI) bestätigt worden ist. Über den Ausbruch sei die EU-Kommission am 19. Jänner 2020 informiert worden, erklärte ein Sprecher auf Anfrage von Dow Jones News. Die Kommission habe keine rechtlichen Maßnahmen ergriffen. Jedoch könne die Ukraine gemäß der Verordnung (EG) Nr. 798/2008 nach der Bestätigung von HPAI des Subtyps H5 bei Geflügel nicht mehr als frei von dieser Krankheit angesehen werden. Dies habe automatisch zur Folge, dass kein frisches Geflügelfleisch und keine verarbeiteten Geflügelfleischprodukte aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine zertifiziert und für die Einfuhr in die EU zugelassen werden könnten, erläuterte der Sprecher. Denn die Verordnung sehe vor, dass das Ursprungsgebiet des frischen Fleisches frei von HPAI sein müsse. * * * *

Die ukrainischen Behörden sowie die Behörden in den Mitgliedstaaten seien entsprechend informiert worden, hieß es weiter. Zudem seien die ukrainischen Ämter auch darüber informiert worden, welche Informationen sie bereitstellen sollten, um Anträge auf Regionalisierung des Landes in Bezug auf HPAI zu unterstützen. (Schluss)

Ukraine: Rentabilität der Agrarproduktion 2019 stark gesunken

Experten schätzen Minus auf über 40%

Kiew, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - In der Ukraine haben 2019 die Einnahmen der gemeinschaftlich geführten Landwirtschaftsbetriebe rund 1,1 Mrd. Euro betragen. Nach Schätzung des Kiewer Instituts für Agrarökonomie sind das um 43% weniger als im Vorjahr. Der abrupte Rentabilitätsabfall sei auf höhere Selbstkosten der landwirtschaftlichen Produktion zurückzuführen, wird der Geschäftsführer des Instituts, **Jurij Lupenko**, auf der Website der Einrichtung zitiert. In der Pflanzenproduktion zeichne sich eine Halbierung der Einnahmen ab, in der Veredelungswirtschaft gar ein Abrutschen in die roten Zahlen. Besonders betroffen von der Entwicklung sei beispielsweise die Erzeugung von Weizen, Körnermais, Raps sowie Sonnenblumen. (Schluss) pom

18. Laubholzversteigerung in NÖ: Eiche weiter im Trend

Eiche erzielte Spitzenpreis von 4.300 Euro - Höchster Festmeterpreis für Walnuss

St. Pölten, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - Die mittlerweile 18., von der Landwirtschaftskammer und dem Waldverband NÖ gemeinsam ausgerichtete Laubholzversteigerung in Heiligenkreuz war wieder ein großer Erfolg und hat ein gutes Ergebnis gebracht. Insgesamt nahmen 110 Waldbauern und Forstbetriebe daran teil und lieferten ihre besten Stämme zur verdeckten Auktion. Trotz derzeit schwieriger Rahmenbedingungen in der Forstwirtschaft zeigt die diesjährige Submission, dass sich selbst in herausfordernden Zeiten Engagement und Know-how bei der Waldbewirtschaftung bezahlt machen. Trendholz Nummer eins ist nach wie vor die Eiche. Das höchste Gebot pro Festmeter erhielt eine Walnuss mit 1.620 Euro. * * * *

Die Laubholzsubmission ist ein Beispiel dafür, was man in der Gemeinschaft schaffen kann. Die Auktion bringt nicht nur Vorteile bei der Preisgestaltung, sondern schärft auch das Bewusstsein für den Wert der heimischen Hölzer. "Die Versteigerung ist ein absolutes Highlight für bäuerliche Waldbesitzer. Insbesondere kleineren Betrieben bietet diese Vermarktungsmöglichkeit die Chance, für außergewöhnliche Qualitäten gute Preise zu erzielen. Wir können beobachten, dass die Nachfrage nach hoher Qualität besteht und auch die Bereitschaft da ist, dafür einen entsprechenden Preis zu zahlen", so **Andrea Wagner**, designierte Vizepräsidentin der Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich. Das zeigt etwa der Durchschnittspreis über das gesamte angelieferte Holz, der heuer bei 467 Euro pro Festmeter lag.

Trendholz Eiche und neue Baumarten

Die Wertholzversteigerung belegt, dass Laubhölzer in hoher Qualität immer gefragt sind. In den letzten Jahren ging der Trend hin zu dunklem Holz. Dies machte sich heuer bei den angebotenen Holzarten deutlich bemerkbar. "Den Hauptteil des zu vermarktenden Holzes machte die Eiche aus. Neben den derzeit viel gefragten Klassikern werden aber auch immer wieder neue Baumarten angeboten, um die Nachfrage nach diesen zu testen. Insbesondere der Tulpenbaum sowie der Zürgelbaum erzielten hier gute Ergebnisse", erklärt **Franz Fischer**, Obmann des NÖ Waldverbandes. Den absoluten Spitzenpreis erzielte eine Eiche mit 4.300 Euro. Den höchsten Festmeterpreis erreichte eine Walnuss mit 1.620 Euro/fm. (Schluss)

Boku veranstaltet internationales Symposium zum Thema "Digital Breeding"

Neueste Entwicklungen in der Pflanzenzüchtung werden präsentiert

Tulln, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - "Digital Breeding" ist das Schlagwort des Internationalen Symposiums der Gesellschaft für Pflanzenzüchtung, welches vom 11. bis 13. Februar 2020 erstmals von der Universität für Bodenkultur Wien (Boku) in Zusammenarbeit mit Saatgut Austria am Campus Tulln ausgetragen wird. In über 110 Tagungsbeiträgen wird die Weiterentwicklung digitaler Werkzeuge sowohl in der Erfassung und Messung von Pflanzeigenschaften (Phänotypisierung) als auch in der genetischen Analyse (Genotypisierung) thematisiert. Zahlreiche Nachwuchswissenschaftler werden auch Beiträge über die Sojabohne als hochwertige Eiweißpflanze und Quinoa, ein Pseudogetreide mit hohem Potenzial als Nahrungspflanze, präsentieren. Die Organisatoren erwarten rund 200 internationale Gäste. * * * *

"Die Ansprüche an die Landwirtschaft sind enorm. Es gilt, die Produktion nachhaltig zu verbessern, den Pflanzenschutzmitteleinsatz zu verringern und die Nährstoffeffizienz von Sorten bei knappen natürlichen Ressourcen zu erhöhen. Neue Sorten müssen widerstandsfähiger werden - gegen Stress wie Wassermangel und Hitze sowie gegen Krankheiten und Schädlinge", sagt **Hermann Bürstmayr**, Leiter des Instituts für Biotechnologie in der Pflanzenproduktion am IFA-Tulln.

Ziel der Pflanzenzüchtung sei die genetische Veränderung von Populationen zur Verbesserung biologischer und ökonomischer Eigenschaften. "Sie beruht auf Kreuzung mit nachfolgender Auslese von Tochterpflanzen für den nächsten Züchtungszyklus oder der anschließenden Vermehrung als Saatgut einer neuen Sorte", so Bürstmayr. (Schluss)

ZAR-Seminar über Strategien zur stoffwechselstabilen Milchkuh am 12. März

Erstmals als Weiterbildung für Landwirte anerkannt

Wien, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - Die Zentrale Arbeitsgemeinschaft österreichischer Rinderzüchter (ZAR) hat ihr diesjähriges Fachseminar, das am Donnerstag, 12. März 2020, im Heffterhof in Salzburg (Maria Cebotari-Straße 1-7) stattfindet, unter den Schwerpunkt "Strategien zur stoffwechselstabilen Milchkuh - frühzeitig erkennen und nachhaltig verbessern", gestellt. Dabei werden in- und ausländische Experten aus Wissenschaft und Forschung die wesentlichen Bereiche rund um den Stoffwechsel behandeln, Störungen aufzeigen und Zusammenhänge mit der Klauengesundheit erläutern. Inwieweit durch Big Data-Analysen unter vermehrtem Einsatz von Sensoren in der Milchviehhaltung die Identifikation von Risikofaktoren sowie die Früherkennung von Krankheiten funktioniert, ist ebenfalls ein gewichtiges Thema. * * * *

Interessierte Fach-, Beratungs- und Lehrkräfte, Mitarbeiter der Landwirtschaftskammern, Zuchtverbände, Besamungsstationen und Landeskontrollverbände sowie Tierärzte, Schüler und Studenten können sich bis spätestens 3. März 2020 im Büro der ZAR (E-Mail: eder@zar.at) anmelden. Das Seminar kostet 50 Euro, für Schüler, Studenten und Mitglieder von Jungzüchterclubs gilt der ermäßigte Preis von 30 Euro.

Das ZAR-Seminar wird für teilnehmende Landwirte erstmals mit drei Stunden als Weiterbildung für den Tiergesundheitsdienst (TGD) im Sinne § 11 der TGD-Verordnung 2009 anerkannt. Für TGD-Tierärzte wird um eine Anerkennung angesucht.

Nähere Informationen sowie das detaillierte Seminarprogramm und ein Anmeldeformular sind unter www.zar.at zu finden. (Schluss)

Südzucker wechselt Vorstandsvorsitzenden aus

Wolfgang Heer geht überraschend - Niels Pörksen übernimmt mit 1. März 2020

Mannheim, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - Die deutsche Südzucker AG mit Sitz in Mannheim hat personelle Veränderungen an der Konzernspitze vorgenommen. Der langjährige Vorstandsvorsitzende (CEO), Wolfgang Heer, habe sein Amt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung niedergelegt, teilte das Unternehmen Mittwochabend mit. Zum neuen CEO wurde mit Wirkung zum 1. März 2020 Niels Pörksen bestellt. Er wird insbesondere für die Ressorts Strategie, Verkauf, IT und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich sein. Der 56-Jährige ist seit mehr als zwei Jahrzehnten in verschiedenen Regionen und Märkten in unterschiedlichen Führungsfunktionen tätig, unter anderem bei BASF, Nordzucker und seit 2014 beim weltweit agierenden Pflanzenschutzunternehmen Nufarm. Er bringt umfassende Führungserfahrung insbesondere in der Marktbearbeitung und in der strategischen Unternehmensausrichtung mit. (Schluss)

Waltraud Ungersböck neu im VPNÖ-Landtagsklub

Pernkopf und Nemecek: Richtige Wahl für wichtige Zukunftsthemen

St. Pölten, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - Waltraud Ungersböck, Gemeinderätin und Seminarbäuerin aus Scheiblingkirchen-Thernberg im Bezirk Neunkirchen, wurde heute als Abgeordnete zum Niederösterreichischen Landtag angelobt. Diese Nachrückung wurde aufgrund der Angelobung von Klaudia Tanner zur Bundesministerin für Landesverteidigung notwendig. "Mit Waltraud Ungersböck gewinnt der NÖ Landtag eine starke Vertreterin des ländlichen Raumes, die wichtige Impulse für die Zukunftsthemen der heimischen Landwirtschaft setzen wird", gratulierten für den Niederösterreichischen Bauernbund Obmann LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** und Direktor **Paul Nemecek**. (Schluss)

Salzburg investiert verstärkt in Landwirtschaftsschulen

Schwaiger: 9 Mio. Euro für neue Werkstätten, Lehrküche und Holzhochhaus

Salzburg, 30. Jänner 2020 (aiz.info). - Für die vier Salzburger Landwirtschaftsschulen läuft heuer ein großes Investitionsprogramm an. "Mit den eingesetzten 9 Mio. Euro entwickelt das Land seine Schulen weiter, um der Jugend in den ländlichen Regionen weiterhin eine gute, moderne Ausbildung zu ermöglichen und der nächsten Generation an Bäuerinnen und Bauern das bestmögliche Werkzeug für eine nachhaltige sowie zukunftsfähige Landwirtschaft in die Hand zu geben", ist

Josef Schwaiger überzeugt. * * * *

Produkte aus der Region verarbeiten und verkaufen

Einen Qualitätssprung ins nächste Jahrzehnt sollen neue Werkstätten in Tamsweg ermöglichen. Dort werden 5,5 Mio. Euro für den praktischen Unterricht bereitgestellt. Für die Bereiche Holz- und Metalltechnik, Milch, Fleisch und Obst entstehen neue Unterrichtsräume. Zudem werden Schulungsräume für Marketing und ein Verkaufsraum angeschlossen. Die Metzgerei ermöglicht es auch, Tiere von anderen Landwirten zu verarbeiten, das spart lange Wege und stärkt die regionale Produktion. "Gerade im sehr kleinstrukturierten Lungau kann die Landwirtschaft nur mit einer Erhöhung der Wertschöpfungskette erfolgreich sein", so Schuldirektor **Mathias Gappmaier**. Ebenfalls neu gebaut wird eine kleine Lehrmolkerei und -käserei, in der die eigene Milch der Schule veredelt wird.

Neue Lehrküche in Kleßheim

In der Fachschule Kleßheim wird um 550.000 Euro der bestehende Speiseraum in eine neue Lehrküche umgebaut, das Bestandsgebäude bekommt einen Wintergarten als Speiseraum dazu. "Hier wird in Zukunft nicht nur gekocht, sondern auch Brot gebacken, konserviert und veredelt", berichtet Direktor **Johann EBI**.

Ein hölzernes Hochhaus für Bruck

"Wenn der Platz nicht mehr ausreicht, sollen die Häuser in die Höhe und nicht in die Breite wachsen. Schülerinnen der LFS Bruck müssen seit mehreren Jahren in Privatpensionen in der Umgebung untergebracht werden. Im September wird daher um knapp 3 Mio. Euro ein Zubau des Schülerheims mit zusätzlich 30 Betten fast zur Gänze aus Holz errichtet", sagt Landesrat Schwaiger. Außerdem entstehen Unterrichtsräume im neuen Ausbildungszweig Gesundheitsmanagement. Damit können Pflegesituationen simuliert werden", so Direktor **Christian Dullnigg**.

Alles an einem Ort in Winklhof

Ein großes Werkstätten-Neubauprojekt soll die LFS Winklhof in Oberalm zukunftsfit machen. Derzeit überlegen etwa 50 Architekten in Form eines Wettbewerbs, wie das am besten gelingen kann. Im April wird das beste Projekt ausgewählt, mit dem dann die Werkstätten für Holz-, Metall-, Land- und Gebäudetechnik neu gebaut werden können und im zweiten Schritt die Pferdewirtschaft vom Wiesenhof an den Winklhof wandern kann. "Damit werden alle Kompetenzen und Fachrichtungen konzentriert, damit auch Synergien geschaffen werden und die Landwirtschaftsschule als Einheit erkennbar ist", erläutert Direktor **Georg Springl**. (Schluss)